

Kommentar von Bischof Ludwig Schwarz zum Ergebnis der Klimakonferenz in Cancún/Mexico

Klimagerechtigkeit muss mehr als eine Phrase sein

Die 15. UN-Klimakonferenz ist bereits Geschichte und leider wurde in Cancún – nach Posen und Kopenhagen – wieder nur ein Minimalkonsens erreicht. Eine mehr als schwache Geste gegenüber den Ländern des Südens, die erwiesenermaßen am meisten von den negativen Auswirkungen unseres Lebens- und Wirtschaftsstil betroffen sind.

Schwere Stürme, Starkregen und Überschwemmungen haben heuer bereits zahlreiche Länder wie die Philippinen, Guatemala, China, Thailand oder Kolumbien heimgesucht. Mit tragischen Folgen wie Ernteausfälle, Verlust an Biodiversität und Wasserknappheit – ganz abgesehen von den humanitären Folgen.

Zur Abmilderung solcher Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern wurde in Cancún ein Hilfsfonds gegründet. Allerdings gibt es bis dato keine finanziellen Zusagen der Industriestaaten. Die Finanzierungsfrage wurde beim Thema Waldschutz ebenso auf 2011 verschoben. Zudem wird den indigenen Völkern weniger Schutz als erwartet zugesprochen.

Selbstverständlich nehmen und wenig geben

Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind bereits zu gängigen Wörtern geworden, doch wenige sehen die Notwendigkeit, die Rechte der Menschen, die die Auswirkungen am unmittelbarsten spüren, einzuhalten! Leben, Gesundheit, Nahrung, Wasser und Wohnung sind völkerrechtlich garantierte Menschenrechte, die den Ländern des Südens oft vorenthalten werden.

Zu oft ignorieren wir Landrechte, bedienen wir uns wie selbstverständlich an den Flächen, die wir zum Anbau unserer erneuerbaren Energien verwenden und beeinträchtigen damit die Lebensgrundlage massiv. Für viele Menschen aus dem Süden bleibt als Ausweg nur die Migration in Länder, die sie nicht willkommen heißen, die zugleich aber maßgebliche Verursacher des Klimawandels sind. Wir geben wenig zurück, aber uns läuft allen die Zeit davon! Ohne einen gesellschaftlichen Wandel wird es auch bei uns nicht gehen.

Herauszuheben ist der Einsatz von kirchlichen Organisationen, die weltweit ihr möglichstes tun, um den Menschen vor Ort direkte Hilfe zu leisten.

Österreichs Beitrag zur Bewältigung der Krise

Die internationale Politik lässt sich Zeit. Dies ist jedoch keine Ausrede, um im eigenen Land mit den Bemühungen nachzulassen. Leider fällt Österreich auch durch die drastische Kürzung des Budgets für Entwicklungszusammenarbeit negativ auf. Österreich wird damit das UNO-Ziel, bis 2015 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in Entwicklungshilfe zu investieren, voraussichtlich verfehlen.

Eine Veränderung geht uns alle an!

Umso mehr müssen wir an unseren nationalen Zielen arbeiten, um nicht die Menschen in den Entwicklungsländern im Stich zu lassen. Es geht um Verantwortung für unsere Nächsten, für unsere Nachkommen und für die Schöpfung. Unsere Zukunft entscheidet sich auf diesem Wege!